

**ZUKUNFT
JETZT!**

Wahljahr 2021

Einblicke in die Vorbereitungen
für das Wahljahr

Jeder Tag zählt

Was Selbstständige jetzt
dringend brauchen

US-Wahl

Der Chef der Wahlbeobachter-
mission im Interview



**FRIEDRICH NAUMANN
STIFTUNG** Für die Freiheit.

Mehr auch auf:
plus.freiheit.org

Antworten für die Zukunft? Finde ich online.

ENTDECKEN SIE DIE DIGITALEN BILDUNGSANGEBOTE DER
FRIEDRICH-NAUMANN-STIFTUNG FÜR DIE FREIHEIT.

Gemeinsam mit Expertinnen und Experten aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft diskutieren wir Fragen der Zeit und suchen nach Lösungen für die Zukunft. Entdecken Sie unsere digitalen Bildungsangebote wie z. B. Talks, Trainings und Workshops. Jetzt informieren und anmelden: shop.freiheit.org

Editorial

Zukunft, jetzt!



Sarah Bäumchen
Chefredakteurin und
Leiterin Kommunikation
und Kampagne

Darf man in Zeiten einer Pandemie die Frage nach der Zukunft stellen? Wir finden, man muss es sogar. Deswegen stellen wir in dieser Ausgabe die Forderung nach „Zukunft, jetzt!“. Das gilt derzeit ganz besonders dringlich für die vielen Selbstständigen in unserem Land, die von Corona-bedingten Umsatzeinbrüchen stark betroffen sind. Noch immer gibt es für sie kein zielsicheres Krisenprogramm. Wir finden, das muss sich ändern und haben dafür ganz konkrete Vorschläge. Denn Selbstständige vertreten viele der Werte, die aus Sicht von uns Freien Demokraten für unsere Gesellschaft besonders wichtig sind: den Glauben an die Kraft von Innovationen und Unternehmergeist, an Eigeninitiative und das Aufstiegsversprechen der Sozialen Marktwirtschaft. Für all dies brauchen wir Zukunftsperspektiven in Zeiten der Krise. Jeder Tag zählt.

Mit Blick auf den Jahreswechsel und das anstehende Wahljahr beschäftigt uns das Thema Zukunft aber auch für unsere Parteiarbeit ganz konkret. Dr. Volker Wissing gibt in seinem Beitrag einen Ausblick auf die Planungen für das Bundestagswahlprogramm und unsere Spitzenkandidaten aus Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt geben Einblicke in die Vorbereitungen der Landtagswahlen. Für uns alle gilt: Die Zukunft beginnt jetzt.

Ich wünsche Ihnen frohe Feiertage und ein gesundes neues Jahr.

Ihre

05 Meldungen

06 Keine Zeit für die Couch – Zukunft für Selbstständige, jetzt!

Wir sind auf Selbstständige, Freiberufler und Kulturschaffende angewiesen. Deshalb fordern wir schnelle Hilfen.

12 Wahljahr 2021: Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt sind startbereit

14 Trumps Referendum. Beobachtungen während der US-Wahl

16 Unser Angebot: Freiheit

Unser Programmprozess für das kommende Jahr macht deutlich: Freiheit ist ein Angebot für alle.

18 Bürgerliches Bündnis in Dresden demonstriert gegen Pegida

19 Wir brauchen mehr Vielfalt, nicht weniger

Die AG Parteientwicklung setzt sich für eine moderne und vielfältige Parteikultur ein.

20 Empfehlungen, die von Herzen kommen

Mitglieder empfehlen ihre Buch- und Digital-Highlights.

22 Für einen effektiven Schutz der Werte Europas

23 Auf Spurensuche FDP, die neue Frauenpartei?!

Ein engagiertes Mitglied stellt ein von ihr entwickeltes regionales Frauen-Förderprogramm vor.

24 Zukunft zum Wohle unseres Landes und seiner Menschen gestalten

Sechs Arbeitskreise der FDP-Bundestagsfraktion stellen ihre größten Zukunftsprojekte vor.

26 Wir brauchen eine transatlantische Offensive!

Wie die Globalisierung durch Kompromisse gestaltet werden kann.

Meldungen

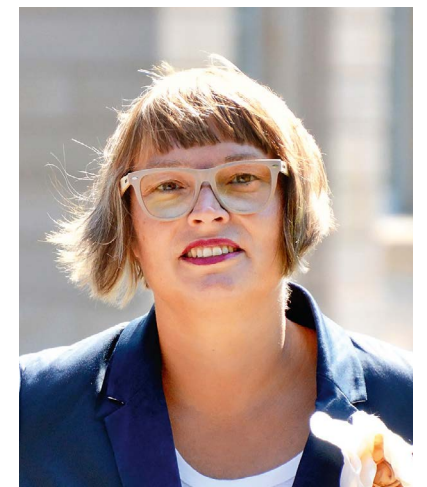


01 Man sieht ihnen ihr Alter gar nicht an!

Wo bei anderen mit 40 Jahren die Midlife-Crisis beginnt, ist bei den JuLis keine Krise zu spüren. Seit dem 1. November 1980 setzen sie sich wie keine andere Jugendorganisation für die Anliegen der jungen Generation und eine generationengerechte Politik ein. Zum Jubiläum bedankt sich die FDP für das großartige und unermüdliche Engagement und wünscht den 11 000 Mitgliedern der Jungen Liberalen weiterhin viel Freude an der politischen Debatte. Die immer wieder innovativen Ideen und klugen Impulse verdienen Respekt und sind bei vielen Mitgliedern stets präsent. Wie die JuLis selbst auf die letzten 40 Jahre schauen und welche Aktionen besonders im Gedächtnis geblieben sind, haben sie in der aktuellen Ausgabe von jung+liberal (fdp.de/jungliberal) aufgeschrieben.

02 Hannover hat eine liberale Sozialdezernentin

Sylvia Bruns, frühere Ratsfrau und langjährige Landtagsabgeordnete, ist seit Oktober neue Sozialdezernentin der Stadt Hannover. Sie ist von der Ratsversammlung der Stadt für die kommenden acht Jahre in das Amt gewählt worden. Zuvor war Bruns Abgeordnete der FDP im Niedersächsischen Landtag und Sprecherin für Soziales, Gesundheit, Gleichstellung und Verbraucherschutz der FDP-Landtagsfraktion. Für Bruns rückt Lars Alt im Landtag nach. Seit 2015 ist Alt Landesvorsitzender der Jungen Liberalen Niedersachsen und seit 2012 Mitglied im erweiterten Landesvorstand der niedersächsischen FDP. Alt wird für die FDP-Fraktion zukünftig den Ausschuss für Wissenschaft und Kultur sowie den Bereich Jugend betreuen.



03 Digitale Lösung für Corona-Zettelwirtschaft

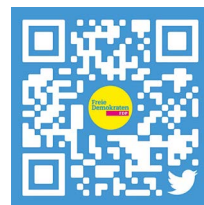
Jenas FDP-Oberbürgermeister Thomas Nitzsche unterstützt die Entwicklung einer App, die die Zettelwirtschaft mit persönlichen Daten in Restaurants und Co. digitalisieren, anonymisieren und vereinfachen soll. Denn um das exponentielle Wachstum des Corona-Virus in den Griff zu bekommen, ist eine schnelle Kontaktnachverfolgung durch die Gesundheitsämter besonders wichtig. Dabei soll die App „Luca“ helfen. Sie generiert lokal einen personalisierten QR-Code, mit dem man sich z. B. bei einer Veranstaltung scannen lässt. Auf die so gesammelten Daten haben nur Gesundheitsämter Zugriff und können bei einem positiven Corona-Fall schneller die betroffenen Kontakte ermitteln. Sobald Gastronomie und Freizeiteinrichtungen wieder öffnen dürfen, kann die App ein weiteres Mittel zur Eindämmung der Pandemie sein.



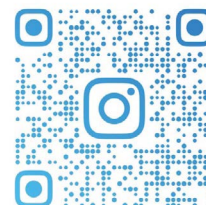
/FDP



/FDP



@fdp



@fdp

Keine Zeit für die Couch – Zukunft für Selbstständige, jetzt!

Unsere Wirtschaft und unsere Gesellschaft sind dringend auf Selbstständige, Freiberufler und Kulturschaffende angewiesen. Deshalb fordern wir schnelle und wirksame Hilfen, denn Zurücklehnen ist keine Option.



Christian Lindner
FDP-Bundesvorsitzender und
Vorsitzender der FDP-Fraktion
im Bundestag

Die Corona-Krise lässt niemanden unberührt. Sie greift in sämtliche Lebensbereiche ein und fordert uns allen viel ab. Kürzlich sah sich die Regierung geneigt, durch vermeintlichen Humor an das Durchhaltevermögen der Bevölkerung zu appellieren. Sie veröffentlichte einen fiktionalen Videoclip, in dem sie suggerierte, es sei in diesen Zeiten ganz einfach ein Held zu sein – in dem man faul auf der Couch vor dem Fernseher liegt und sich so von anderen isoliert. Über Geschmack kann man streiten – über Humor auch. Doch angesichts der Tatsache, dass die Regierung Selbstständige, Freelancer, Freiberufler sowie Künstlerinnen und Künstler weiterhin mit den Folgen der Pandemie weitestgehend im Regen stehen lässt, wirkt der Spot doch etwas befremdlich. Schließlich geht es hier um Existenzen. Die GroKo sollte ihren eigenen Rat ignorieren, endlich von der Couch aufstehen und an klugen Konzepten arbeiten. Wir Freie Demokraten haben schon vor Monaten einen Vorschlag für ein Krisenprogramm für Selbstständige vorgelegt, vom Schreibtisch aus (steht neben der Couch, war gar nicht so schwer). Für uns sind Menschen, die trotz der bürokratischen Lasten in diesem

Land den Mut haben, sich selbstständig zu machen, ohnehin schon Heldinnen und Helden. Und damit diese den Mut nicht verlieren, fordern wir Perspektiven und gezielte Unterstützung.

1 Unternehmerlohn für Selbstständige, Freiberufler und Freelancer

Selbstständige, Freiberufler und Freelancer sind in der aktuellen Corona-Krise auf gezielte Hilfe angewiesen. Dass die Bundesregierung sie über Monate lediglich auf Hartz IV verwiesen hat, ist völlig unhaltbar. Erst recht, da die Bundesregierung gleichzeitig die Sonderregelungen beim Kurzarbeitergeld bis nach der nächsten Bundestagswahl verlängert hat, um Betroffene gerade nicht in die Grundsicherung zu schicken. Auch die zusätzlichen Hilfsmaßnahmen haben keine spürbare Verbesserung für Selbstständige gebracht. Wir fordern daher für alle Selbstständigen endlich ein passgenaues und faires Hilfsprogramm, das unbürokratisch und verlässlich die

Kosten deckt. Dazu muss auch ein ausreichender Unternehmerlohn gehören, also ein Zahlbetrag, der auch für die eigenen Lebenshaltungskosten verwendet werden darf. Es geht darum, die Natur moderner Selbstständigkeit zu verstehen. Selbstständige sind keine Erwerbstätigen zweiter Klasse!

2 Modernes Statusfeststellungsverfahren

Für Selbstständige und Freiberufler ist das aktuelle Verfahren der Statusfeststellung bei der Deutschen Rentenversicherung intransparent, langwierig und mit vielen Unsicherheiten behaftet. Dabei ist Planbarkeit für sie heute wichtiger denn je. Bei der aktuellen Statusfeststellung liegt eine Selbstständigkeit nur dann vor, wenn man beweist, dass man nicht angestellt ist. Das wollen wir umkehren: Mit klaren Positivkriterien. Wer diese Kriterien erfüllt, muss verbindlich als selbstständig gelten.

3 Fairness in der Sozialversicherung

Wenn sich Selbstständige gesetzlich krankenversichern, müssen gerade Geringverdienende oft höhere Beiträge zahlen als identisch verdienende Angestellte. Das ist unfair und belastet Selbstständige in der aktuellen Krise zusätzlich. Wir wollen für Fairness sorgen: Beiträge und Leistungen sollen sich an den tatsächlichen Einnahmen orientieren – wie auch bei Beschäftigten. Wir wollen außer dem die freiwillige Versicherung in der Arbeitslosenversicherung weiter öffnen. So können sich Selbstständige leichter gegen das Risiko einer Arbeitslosigkeit versichern – sofern sie dies wünschen.

4 Absolute Wahlfreiheit bei der Altersvorsorge

Vor allem in der Krise brauchen Selbstständige mehr Flexibilität – auch bei der Altersvorsorge. Selbstständige können und sollen selbst entscheiden, wie sie für das Alter vorsorgen. Gleichzeitig sollten sie aber eine Absicherung oberhalb der Grundsicherung sicherstellen – in der Vorsorgeform ihrer Wahl. Ebenso sollte Selbstständigen endlich die Riester-Förderung offenstehen. Das würde auch die Übertragbarkeit von Rentenansprüchen verbessern. Heute kann ein Angestellter, der sich selbstständig macht, nicht einmal seine Riesterförderung mitnehmen. Wir brauchen eine flexible Altersvorsorge, die auch Zick-Zack-Lebensläufe abdeckt und gleichzeitig Selbstständigen absolute Wahlfreiheit lässt!



→ Wolfgang Kubicki, Marcel Klinge und Christian Lindner bei „Alarmstufe Rot“ (v.l.n.r.)

5 Mehr Gründerkultur

Schaffen wir mehr Gründergeist in diesem Land durch bessere Rahmenbedingungen für Gründungen, zum Beispiel durch einen behördlichen One-Stop-Shop, ein Schulfach Wirtschaft und einen Zukunftsfonds für eine neue Gründerzeit.

Der erneute Lockdown hat die Situation für Selbstständige noch einmal drastisch verschärft. Zurecht riefen die großen Verbände der deutschen Veranstaltungswirtschaft zu Demonstrationen unter dem Slogan "Alarmstufe Rot" auf. Aufträge bleiben aus, Dienstleistungen können nicht mehr erbracht werden, Umsätze und ganze Wertschöpfungsketten brechen weg. Dass wir die Pandemie nicht ohne Einschränkungen in den Griff bekommen werden, steht außer Frage. Es wäre realitätsfern und unverantwortlich, über die Zukunft eines Landes zu diskutieren, ohne die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger zur Priorität staatlichen Handelns zu machen. Doch es ist ebenso realitätsfern zu glauben, dass alle Selbstständigen, Freelancer, Freiberufler und Künstlerinnen und Künstler diese Monate finanziell überstehen. Ein Dreivierteljahr nach Beginn der Krise hat die Bundesregierung immer noch kein passgenaues, unbürokratisches und verlässliches Hilfskonzept für Selbstständige. Wir benötigen eine signifikante Erhöhung der Abschlagszahlungen bei den November- und Dezemberhilfen. Die vorgeesehenen Zahlungen werden für viele Betriebe nicht ausreichen. Die von der Bundesregierung vorgeschlagenen Hilfen

greifen weiterhin deutlich zu kurz. Wir verspielen hier nicht nur das Vertrauen dieser Bürgerinnen und Bürger in den Staat, wir riskieren auch die Selbstständigkeit an sich auf Jahrzehnte als zu risikoreich, zu unsicher, zu unwägbar, zu stigmatisieren. Stattdessen sollten wir diese Krise zum Anlass nehmen, den Ideenreichtum, Mut und das Verantwortungsbewusstsein der Menschen in diesem Land zu stärken. Denn nur so haben wir eine Chance, stark aus dieser schwierigen Zeit hervorzugehen. Das FDP-geführte Wirtschaftsministerium in Nordrhein-Westfalen hat es vorgemacht: Das unzureichende Bundesprogramm wurde durch besondere Hilfen für Selbstständige ergänzt.

Doch dort hört unser Engagement nicht auf, wir kämpfen auch auf Bundesebene weiter für Fairness für Selbstständige. Wir fordern die Bundesregierung auf, schnell und entschlossen zu handeln, um Abertausende selbstständige Existenzen zu retten. Angesichts der zahllosen Ausnahmeregelungen, die in dieser Ausnahmesituation zu Recht schon beschlossen wurden, ist eine entsprechende Unterstützung für Selbstständige zwingend geboten. Diese Menschen wollen nicht auf die Couch geschickt werden, sondern verlässliche Perspektiven für Ihre finanzielle Lage und Ihre zukünftige Berufsausübung bekommen. Es ist hoffentlich in den meisten Fällen durch das monatelange Nichthandeln noch nicht zu spät dafür, endlich für alle von Umsatzausfällen in der Corona-Krise betroffene Selbstständige ein passgenaues Hilfsprogramm aufzustellen, das unbürokratisch, rechtssicher und verlässlich die Kosten deckt und Liquidität erhält. ■



Lenke Wischhusen

FDP-Fraktionsvorsitzende Bremen

„Die Pandemie hat unser Leben auf den Kopf gestellt. Unsere Werte und Freiheitsrechte wurden über Nacht eingeschränkt. Unser Motto 'wir arbeiten, um zu leben' ist heute 'wir leben, um zu arbeiten'. Kein Vergnügen mehr, keine Restaurantbesuche, keine Reisen. Die Wirtschaft trifft die Pandemie besonders hart. Viele Unternehmen stehen vor dem Ruin, die Belegschaft steht vor Existenzbedrohung. Vor diesem Hintergrund ist es beschämend, dass jemand, der über Jahre als Selbstständiger einen wichtigen Beitrag zur Wirtschaft geleistet und in vielen Fällen auch Arbeitsplätze geschaffen hat, vom Staat zum Jobcenter geschickt wird. In der Pandemie zeigt sich mal wieder die Fratze der Nichtwertschätzung von Unternehmertum. Ich habe die Erwartung, dass die aktuellen Hilfen einen Unternehmerlohn bei Selbstständigen berücksichtigen, die sich an den vorherigen Erträgen bemisst. Das muss rückwirkend ab dem Beginn der Pandemie gelten. Selbstständige sind keine Arbeitnehmer zweiter Klasse. Sie verdienen unseren Respekt, wie jeder Unternehmer der Verantwortung übernimmt.“



Ralph Bombis

FDP-Abgeordneter im Landtag von NRW

„Wir haben von dem Fleiß, der Kreativität und dem Einsatz der vielen Selbstständigen immer profitiert. Durch die Corona-Krise fallen den Selbstständigen nun massenweise Aufträge weg, viele machen keinen Umsatz mehr. Sie haben weder Kündigungsschutz noch bezahlten Urlaub, Kurzarbeitergeld bekommen sie ebenfalls nicht. Die Hilfen des Bundes dürfen bislang nur für Betriebskosten ausgegeben werden. Für private Lebensunterhaltskosten wird an die Grundsicherung verwiesen. Das entspricht keinesfalls der Wertschätzung, die Selbstständige für ihre Arbeit verdienen. Wie wir es in NRW vormachen, braucht es auch auf Bundesebene im Rahmen der Corona-Hilfen einen flächendeckenden Unternehmerlohn in Höhe von monatlich mindestens 1 000 Euro, der unabhängig von Auflagen unbürokratisch ausgezahlt wird. Nur so schaffen wir für Selbstständige in der Krise eine faire Existenzgrundlage, auf der sich in Zukunft wieder aufbauen lässt. Um die öffentlichen Finanzen nicht für kommende Generationen weiter zu belasten, brauchen wir möglichst schnell eine wirksame Öffnungsstrategie.“



Johannes Vogel

FDP-Bundesvorstand

„Seit Beginn der Corona-Krise lässt die Bundesregierung viele Selbstständige und Freelancer im Regen stehen. Lange durften gar keine Hilfen für Lebenshaltungskosten verwendet werden. Was Union und SPD jetzt angekündigt haben, ist so, als ob man jemandem im schwersten Sturm ein Cocktailschirmchen reichen würde. Die sogenannte Neustarthilfe für Solo-Selbstständige, die jetzt angekündigt wurde, beträgt für sich genommen nur einige Hundert Euro im Monat, also weniger als die Grundsicherung! Für Angestellte wurden mit Blick auf die Natur der Krise extra die Regeln verändert, gerade bei der Kurzarbeit, damit nur ja niemand Hartz IV beantragen muss. Bei vielen Selbstständigen, gerade solchen ohne Angestellte, bleibt aber genau das im Kern die Antwort von Union und SPD. Die Bundesregierung muss für die Zeit der Krise endlich einen systematischen und funktionierenden Rettungsschirm für Selbstständige aufspannen. Wenn die Politik aus gesundheitspolitischen Gründen faktisch das Geschäft untersagt, muss die Politik auch wirksam Ausgleich schaffen. Das ist nicht nur eine Frage der Ordnungspolitik, sondern auch schlicht der Integrität.“



Christian Lindner

FDP-Bundesvorsitzender

„Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass wir schnell eine Risiko-Strategie bekommen, damit das öffentliche, kulturelle und wirtschaftliche Leben unter Corona-Bedingungen wieder geöffnet werden kann. Da ist jetzt Fairness gefordert und jeder Tag zählt. Das betrifft neben den Unternehmen die Solo-Selbstständigen und es liegt am Übermaß der Bürokratie. Wir haben bereits den Vorschlag gemacht, dass Verluste aus 2020 bei der Steuer mit Gewinnen aus 2018 und 2019 voll verrechnet werden können. Das wäre eine unbürokratische Lösung, die allen hilft, und wir sollten sie schnell beschließen. Denn im neuen Jahr droht uns sonst eine weitere Verschärfung der ohnehin anstehenden Pleitewelle. Die Regierung und die sie tragende Mehrheit müssen der Bevölkerung die Frage beantworten, unter welchen Bedingungen und wie und wann der Stillstand im Land aufgehoben werden kann. Der Gesundheitsminister hat gesagt, das Virus habe eine lange Bremsspur. Umgekehrt gilt aber auch, dass das erneute Hochfahren des Landes einen Anlauf benötigt, etwa in der Kultur. Stillstand geht sofort, Neustart braucht Vorbereitung.“



Angelika Hieberich-Peter

Hotellier

„Das Sommerhalbjahr ist unsere Hauptsaison, in der wir mehr als 80 % des Jahresumsatzes erwirtschaften. Mit elf Wochen Schließung im Frühjahr, haben wir rund 50 % dieser Umsätze verloren. Die Beherbergungsverbote ab Anfang Oktober haben die Saison abrupt beendet. In der Branche kann man keine Umsätze „aufholen“. Gäste, die heute nicht beherbergt werden dürfen, können morgen nicht doppelt übernachten. Gerne hätten wir Mitarbeiter eingestellt, die unsichere Lage jedoch bietet keine langfristige Perspektive, Stellen bleiben unbesetzt. Zwischen Juni und Oktober habe ich 24/7 gearbeitet, Familie und Freizeit bleiben dabei völlig auf der Strecke, auch die Gesundheit leidet unter dieser extremen Belastung. Die Hotellerie braucht zwei Dinge: Entschädigung und Planungssicherheit! Wir Gastgeber brauchen eine echte finanzielle Entschädigung, die das gesamte Jahr 2020 und einen adäquaten Unternehmerlohn berücksichtigt. Die aktuelle Situation führt zur Entwertung der Betriebe, was einer Enteignung gleichkommt. Nur mit einer nachvollziehbaren Corona-Strategie können Betriebe für die Zukunft planen.“



Gemeinsam allem gewachsen.



Gerade jetzt ist Zusammenhalt wichtiger denn je. Darum machen wir uns für die stark, die sich für die Gemeinschaft stark machen. Und unterstützen Künstler, Sportler, Unternehmer vor Ort und all diejenigen, die sich für andere einsetzen.

Wahljahr 2021: Baden-Württemberg, Rhein- land-Pfalz und Sachsen-Anhalt sind startbereit



Dr. Lydia Hüskens
Spitzenkandidatin
Sachsen-Anhalt

Welche Themen werden die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt besonders bestimmen?

Neben den heftigen Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Wirtschaft und die öffentlichen Haushalte gibt es zwei Themen, die das Land bewegen: Zum einen die Bildungsinfrastruktur. Wir diskutieren nicht, wie Unterricht besonders gut gelingen kann, sondern wie für jede Klasse ein Lehrer gefunden wird. Zum anderen der Rückzug von immer mehr öffentlichen Angeboten, aber auch Geschäften etc. aus dem ländlichen Raum.

Welches Thema liegt Ihnen persönlich besonders am Herzen?

Ein gutes Bildungsangebot für jeden und faire Chancen auch für Kinder aus sogenannten bildungsfernen Elternhäusern zu schaffen. Wir sind

von bester Bildung für alle viel zu weit entfernt.

Welche Herausforderungen bringt der nächste Wahlkampf mit sich?

Die Menschen zu motivieren, wählen zu gehen und der Demokratie zu vertrauen, trotz der Politik gerade der vergangenen Monate. Und das unter den Restriktionen der Corona-Pandemie. Zudem kann es sein, dass es in Sachsen-Anhalt eine komplette Briefwahl gibt, der „Wahltag“ sich also auf fünf Wochen erstreckt.



Dr. Hans-Ulrich Rülke
Spitzenkandidat
Baden-Württemberg

Welche Themen werden die Landtagswahl in Baden-Württemberg besonders bestimmen?

Im Wahlkampf werden sicherlich die Corona-Pandemie mit den aktuellen Diskussionen um Lockdowns und Einbeziehung der Parlamente in

den politischen Entscheidungsprozess sowie die sich ergebenden sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Pandemie ein zentrales Thema sein. Darüber hinaus werden auch die Themen Wirtschaft, Bildung, Digitalisierung und innere Sicherheit eine zentrale Rolle spielen. Viele Versäumnisse der Regierungskoalition in den vergangenen Jahren zeigen sich gerade jetzt deutlich, wie beispielsweise die mangelnde Digitalisierung an den Schulen.

Welches Thema liegt Ihnen persönlich besonders am Herzen?

Den Automobilstandort in die Zukunft zu führen. Um die Arbeitsplätze im Land zu erhalten und unseren Wohlstand dauerhaft zu sichern, müssen wir weg von der einseitigen Fokussierung auf die batterieelektrische Mobilität. Wir müssen im Interesse des Standorts dringend umsteuern, hin zum umweltfreundlichen Diesel, zur Zulassung und Nutzung synthetischer Kraftstoffe und zur Wasserstoffmobilität. Wir brauchen einen fairen Wettbewerb um die effizienteste und sauberste Technologie.

Wie wird ihr Slogan für den Wahlkampf lauten?

Der Impuls fürs Land!



Daniela Schmitt
Spitzenkandidatin
Rheinland-Pfalz

Welche Themen werden die Landtagswahl in Rheinland-Pfalz besonders bestimmen?

Die Freien Demokraten haben in der letzten Wahlperiode deutlich gezeigt, dass wir einen Unterschied machen. Wir haben die Infrastruktur modernisiert, den öffentlichen Personennahverkehr ausgebaut, die

Digitalisierung der Wirtschaft vorangetrieben und deutlich gemacht, dass wir eine Partei sind, die sich nicht nur über den Wohlstand von heute freut, sondern diesen auch für kommende Generationen erhalten will.

Welche Herausforderungen bringt der nächste Wahlkampf mit sich?

Die Corona-Pandemie schafft natürlich ein ganz anderes Umfeld mit weniger Präsenz- und mehr digitalen Veranstaltungen, aber das trifft alle Parteien gleichermaßen. Wir haben ein starkes Team, ein überzeugendes politisches Angebot und freuen uns darauf, unsere politischen Mitbewerber zu stellen. Wir sind bereit.

Bitte vervollständigen Sie folgenden Satz: Für einen erfolgreichen Wahlkampf braucht es... die richtigen Themen, die richtigen Personen und die richtige Einstellung und ich glaube, dass die FDP Rheinland-Pfalz all das aufweisen kann. Wir haben im Land eine Liste mit überzeugenden Persönlichkeiten für die Landtagswahl aufgestellt. Wir wollen auf unserer erfolgreichen Politik in der Landesregierung aufbauen und diese weiterführen. Denn auch wenn wir viel angestoßen haben, sind wir noch nicht am Ziel. Und wir haben die richtige Einstellung, wir sind seriös, aber nicht langweilig. Wir sind selbstbewusst, aber nicht abgehoben, wir sind kämpferisch, aber nicht destruktiv. ■

Anzeige

**FÜR UNSERE
GESUNDHEIT**
FEIERT **HEBAMME LINDA**
JEDEN TAG GEBURTSTAG.
WIR SAGEN DANKE.

Gemeinsam machen wir das deutsche Gesundheitssystem jeden Tag zu einem der besten der Welt. Mehr unter pkv.de/linda

PKV | IHRE PRIVATEN KRANKENVERSICHERER

Trumps Referendum. Beobachtungen während der US-Wahl

Wiederholt äußerte Donald Trump, dass bei der Präsidentschaftswahl manipuliert wurde. Doch dafür gibt es keine Belege, sagt Michael Link. Der FDP-Bundestagsabgeordnete hat die Wahl als Chef der internationalen Beobachtermission der OSZE überwacht.



Bettina Lauer
Pressesprecherin
der FDP

Du warst Chef der OSZE-Wahlbeobachter bei der Wahl zum US-Präsidenten. Wie muss man sich eigentlich eine Wahlbeobachter-Mission vorstellen?

Eine Wahlbeobachtung folgt strengen methodischen, wissenschaftlichen und statistischen Kriterien und läuft im Grundsatz in allen Ländern der OSZE gleich ab, mit Unterschieden nur in der Größe der Mission. Sie besteht aus einer Kurzzeit-Beobachtung, die den Wahltag beobachtet, und einer sechswöchigen Langzeit-Beobachtung durch Experten der OSZE. Sie beobachten den gesamten Ablauf von der Registrierung über die Wahlkampf-Finanzierung bis zur Auszählung und zu Wahlbeschwerden.

Im Vorfeld der Wahl hat sich Präsident Trump mehrfach geweigert, eine Anerkennung der Wahl zu garantieren und auch die Rechtmäßigkeit der Briefwahl-Möglichkeit

angezweifelt. Gab es etwas, auf das Ihr vor dem Hintergrund dieser Äußerungen besonders geachtet habt?

Ja, in der Tat. Wir haben am Wahltag sehr darauf geachtet, ob der Zugang der Wahlbeobachter der Republikanischen und der Demokratischen Partei überall gewährleistet war. Von ganz vereinzelten Fehlern abgesehen, hatten beide überall Zugang, auch bei der Auszählung der Briefwahlstimmen und den Zweitauszählungen. Es gab keinerlei Belege für Trumps Behauptungen und schon gar keine Belege für Fälschungen.

Gab es für Euch als Wahlbeobachter Probleme? Hattet Ihr überall problemlos Zugang?

In den USA hat jeder der 50 Teilstaaten plus der District of Columbia ein komplett eigenstaatlich gestaltetes Wahlrecht. 18 dieser Staaten lassen leider keine internationalen

Beobachter am Wahltag zu. Aber inländische Wahlbeobachter waren flächendeckend zugegen. Das heißt, die Beobachtung der Wahl war durchgängig gewährleistet. Die USA haben sich in der OSZE international verpflichtet, dass Wahlen überall im Lande international beobachtet werden dürfen – hier haben die USA also in 18 Teilstaaten noch Überzeugungsarbeit zu leisten.

Während ausgezählt wurde, hat sich Trump bereits zum Sieger erklärt. Hast Du so etwas schon einmal als Wahlbeobachter erlebt?

Eine Grundregel der Wahlbeobachtung ist, dass man nicht Partei ergreift. Bemerkenswert an der Äußerung von Trump war, dass er sich Kompetenzen anmaßte, die er nicht hat. Er ist nicht zuständig für die Ausrufung eines Siegers – und vor allem darf er nicht in die Auszählung der Stimmen eingreifen. Was er in der Wahlnacht gemacht hat, war



Foto: OSZE Impressionen von Michael Link's Mission finden Sie unter fdp.de/uswahl

ein Tabubruch, gerade für amerikanische Verhältnisse. Es gibt in den USA eine tief verwurzelte Tradition, dass ein Wahlkampf hart ist, aber das Ergebnis akzeptiert wird. Und mir scheint, dass Präsident Trump hier bewusst das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die demokratischen Institutionen seines Landes unterminiert hat, um seine Legende von der angeblich gestohlenen Wahl zu stricken. Noch einmal: Diese Wahlen waren weder gefälscht noch „gestohlen“. Es gibt keinerlei Hinweise für seine Behauptungen.

Du warst schon 2016 bei der US-Präsidentschaftswahl als Beobachter dabei. Gibt es Unterschiede zwischen 2016 und 2020?

Nach vier Jahren Trump konnte man die Spaltung des Landes geradezu mit Händen greifen. Deshalb war diese Wahl eigentlich keine normale Präsidentschaftswahl. Sie war ein Referendum über Trump. Er hat sei-

ne Anhänger vor allem am Wahltag selbst maximal mobilisiert. Er hat aber auch seine Gegner maximal mobilisiert. Das muss Joe Biden wissen, wenn er jetzt regiert. Denn viele Republikaner haben ihre Stimmen gesplittet: Sie haben bei der Präsidentschaftswahl Biden gewählt und bei der Kongresswahl republikanisch. Also darf Biden nicht in Versuchung geraten, das für einen großen Sieg der Demokraten zu halten. Das ist ein Vertrauensvorsprung, den er hier hat. Er darf nicht zu "links" regieren. Er muss in die Mitte und auch Republikaner in seine Regierung einbinden.

Was wird unter einem Präsidenten Joe Biden anders werden?

Er wird ein sehr gutes, erfahrenes Team von Experten um sich scharen, sodass es uns möglich sein wird, Meinungsverschiedenheiten auf zivilisierte Art und Weise zu lösen. Denn das ist doch der eigent-

liche Punkt: Trump traf extrem egoistische Entscheidungen – ob das der Truppenabzug aus Deutschland oder der aus Afghanistan war oder seine Entscheidungen in der Handelspolitik. Er verhält sich nicht wie ein Verbündeter. Im Gegenteil: Er hat versucht, die EU zu spalten und zu schwächen. Das werden wir bei Biden so nicht erleben. Wir werden trotzdem deutliche Interessensunterschiede erleben, aber eben auf zivilisierte Art und Weise.

Hat Joe Biden eine besondere Bedeutung für die FDP?

Bei Joe Biden können wir Europäer endlich wieder Dinge ansprechen, die uns besonders wichtig sind – etwa das Thema Freihandel! Mit Trump war kein Freihandelsabkommen mit den USA möglich. Das wird zwar auch unter Joe Biden kein Selbstläufer, umso weniger, als die EU selbst zurzeit ja kaum bereit ist, Freihandelsabkommen zu Ende zu führen, siehe die Unfähigkeit der Bundesregierung, das CETA-Abkommen mit Kanada zu ratifizieren. Wenn wir jetzt nicht das Thema Freihandel und transatlantische Wertegemeinschaft wieder in den Mittelpunkt stellen, dann hätten wir ein einmaliges Zeitfenster verpasst. Seit Langem besuche ich mehrfach jährlich Washington und halte enge Kontakte zu Mitgliedern des US Congress. Die große Stärke der FDP in den USA ist es – vor allem dank der starken Präsenz der Friedrich-Naumann-Stiftung vor Ort, dass wir sowohl zu Demokraten als auch zu Republikanern exzellente Kontakte haben. Das hebt uns deutlich von allen anderen deutschen Parteien und politischen Stiftungen ab – und Christian Lindner pflegt diese Kontakte intensiv. ■

Unser Angebot: Freiheit



Dr. Volker Wissing
Generalsekretär der FDP

Freiheit ist weit mehr als ein Lebensgefühl. Freiheit ist der zentrale Ausgangspunkt und Wert unserer Demokratie. Wir Freie Demokraten haben es uns zur Aufgabe gemacht, den politischen Freiheitsbegriff mit Leben zu erfüllen. Egal ob Klima- oder Umweltschutz, ob Wirtschafts- oder Finanzpolitik, ob Rechtsstaat oder Menschenrechte, es ist unser politischer Markenkern, dass wir unsere Angebote konsequent unter dem Aspekt der Freiheit entwickeln. In Vorbereitung des bevorstehenden Bundestagswahlkampfes haben sich wieder zahlreiche unserer Mitglieder eingebracht, um deutlich zu machen: Freiheit ist kein Angebot an einige, Freiheit ist ein Angebot an alle.

Bereits im August haben wir mit der Arbeit an unserem Bundestagswahlprogramm begonnen. Unser digitaler Programmkonvent, bei dem rund 500 Mitglieder mit Programmkommission und zahlreichen Expertinnen und Experten erste Ideen ausgetauscht haben, hat wieder einmal gezeigt: Die Expertise und Erfahrung unserer Mitglieder ist die größte Stärke der Freien Demokraten.

Die neun Arbeitsgruppen unserer Programmkommission und die Bundesfachausschüsse haben viele dieser Ideen in den vergangenen Monaten aufgegriffen und zahlreiche Forderungen formuliert. Das Ergebnis dieses Prozesses wird der Bundesvorstand am 14. Dezember eingehend beraten.

Ich danke schon jetzt jeder und jedem Einzelnen von Ihnen für die Mitarbeit an unserem Programm. Ihr Engagement ist für uns von zentraler Bedeutung: Daher haben Sie von Ende Dezember bis Ende Januar noch einmal die Möglichkeit, den bisherigen Arbeitsstand zu diskutieren, bevor der Programmentwurf im April als Leitantrag für den Bundesparteitag beschlossen wird.

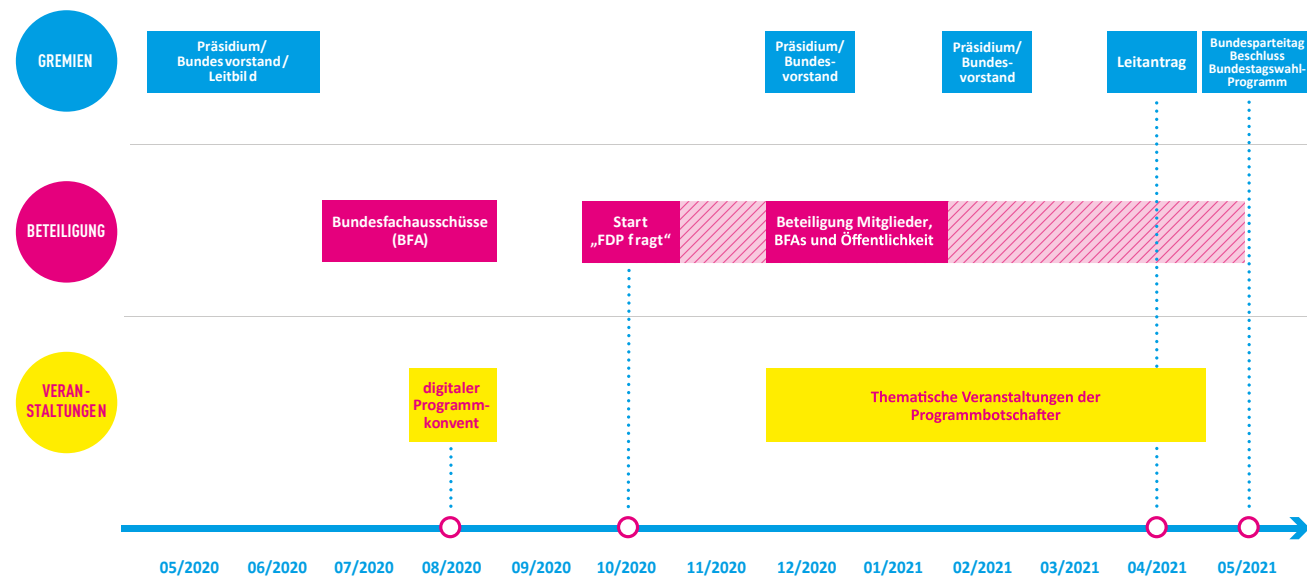
FDP-Programmbotschafter: Mehr Dialog für mehr Verständnis und Vertrauen

Schon jetzt ist klar: Wir sind programmatisch stark aufgestellt. Ein gutes Programm ist jedoch nur etwas wert, wenn wir auch darüber sprechen. Dialog schafft Verständnis und Vertrauen. Die Mitglieder der Programmkommission und des Bundesvorstandes werden daher in den kommenden Monaten als Programmbotschafter Diskussionsveranstaltungen mit FDP-Gliederungen, Verbänden und anderen lokalen Gruppen anbieten. Zusätzlich bietet unser digitales Tool „FDP fragt“ (fdp.de/fragt)

allen Interessierten die Möglichkeit, sich am Programmprozess der Freien Demokraten zu beteiligen. Ich möchte Sie herzlich ermutigen, auch diese Gelegenheiten wahrzunehmen.

Die Freien Demokraten sind gut gerüstet für einen erfolgreichen Bundestagswahlkampf 2021. Wir haben ein Programm, das sich deutlich von unseren politischen Mitbewerbern unterscheidet: Wir stehen für Marktwirtschaft. Wir stehen für die Freiheit von Forschung und Wissenschaft. Wir stehen für beste Chancen für alle. Und wir sind bereit, unsere Vorstellungen selbstbewusst einzubringen und uns an der Gestaltung unseres Landes aktiv zu beteiligen. Wir sind bereit zur Verantwortung.

Ich freue mich auf den gemeinsamen Wahlkampf mit Ihnen! ■



Basisanträge zum 72. Ord. Bundesparteitag

250 Mitglieder können gemeinsam Anträge stellen und Personalvorschläge für Wahlen machen.

Voraussetzungen:

- Antrag/Wahlvorschlag formulieren
- Unterstützungsunterschriften von mind. 250 Mitgliedern sammeln
- Vertreter benennen, der den Antrag einreicht und auf dem Bundesparteitag vertritt

Fristen:

- Für Satzungsänderungsanträge: Mittwoch, 17. Februar 2021, 24:00 Uhr.
- Für Änderungsanträge zu den Satzungsänderungsanträgen: Montag, 29. März 2021, 24:00 Uhr.
- Für sonstige Anträge: Mittwoch, 14. April 2021, 24:00 Uhr.

Einzureichen unter: antraege@bundesparteitag.de

Nach Ende der Antragsfristen werden die Anträge jeweils in unserem digitalen Antrags- und Versammlungssystem OpenSlides (www.fdp-bpt2021.openslides.com) veröffentlicht.

Bürgerliches Bündnis in Dresden demonstriert gegen Pegida

Zum zweiten Mal in diesem Jahr zeigte die Dresdner FDP am 25. Oktober 2020 unter dem Motto "Demokratie braucht Rückgrat" Haltung für ein respektvolles Miteinander und gegen rechtsextremistische Strömungen.



Viola Martin-Mönnich
Beisitzerin im Landesvorstand der FDP
Sachsen und Kreisvorstandsmitglied der
FDP Dresden (bis 30.11.2020)

Den Bündnis-Aufruf von FDP, CDU und Sächsischer Bibliotheksgesellschaft unterzeichneten neben zahlreichen Freidemokraten aus Sachsen, wie FDP-Chef Frank Müller-Rosentritt und MdB Torsten Herbst, auch viele weitere Liberale wie Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Jürgen Martens und Gerhart Baum. Darin hieß es: "Insbesondere Pegida hat mit der zunehmenden Radikalisierung zum Rechtsextremismus Schaden an der politischen Kultur, den Einstellungen zu Demokratie und Rechtsstaat und dem friedlichen Miteinander unserer Stadt verursacht." Aus dem gesamten Bundesgebiet waren Unterstützer angereist und zeigten gemeinsam mit den sächsischen Parteifreundinnen und -freunden, Bürgerinnen und Bürgern auf dem Dresdner Altmarkt Flagge – mit Abstand, Masken und Respekt.

Neben dem ehemaligen Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière (CDU) sprachen für die Freien Demokraten der Dresdner Kreisvorsitzende Holger Hase, Dresdens Oberbürgermeister Dirk Hilbert, Landesvorsitzender Frank Müller-Rosentritt und der Bundestagsabgeordnete Johannes Vogel. In seinem Redebeitrag sagte Vogel: "Wir haben schlimmen rechtsextremistischen Terror in Deutschland. Wir haben islamistischen Extremismus. Es geht hier nicht um 'oder'; es geht um 'und'." Außerdem betonte er: "Wir lassen unsere deutschen Farben der Demokratie und das Grundgesetz nicht von Extremisten kapern!"

Oberbürgermeister Dirk Hilbert forderte die Teilnehmer auf, 365 Tage im Jahr für die Werte des Grund-



→ **Demonstranten auf dem Dresdner Altmarkt**

gesetzes einzutreten. Kreis-Chef Holger Hase sagte: "Wir demonstrieren für die Unantastbarkeit der Würde des Menschen, unabhängig von seiner Hautfarbe, seiner Religion, seiner Herkunft oder seiner sexuellen Orientierung. Wir demonstrieren für eine offene Gesellschaft, in der jeder gleichbehandelt wird und dieselben Chancen bekommt. Wir demonstrieren auch für gesellschaftlichen Zusammenhalt, Toleranz und gegen Gewalt, politischen Extremismus und religiösen Fanatismus. Wir demonstrieren für unser Dresden!" Im Anschluss an die Kundgebung besuchte eine Delegation den Ort des homophob motivierten Mordanschlags auf ein homosexuelles Paar durch einen islamistischen Attentäter. ■

Wir brauchen mehr Vielfalt, nicht weniger



Daniela Schmitt
Spitzenkandidatin Rheinland-Pfalz

Vielfalt bringt Erfolg. Diese Erkenntnis hat nicht ohne Grund in den meisten Lebensbereichen Einzug gehalten. Analysen der Strategieberatungen McKinsey und BCG zeigen zum Beispiel, dass Unternehmen mit vielfältig besetzten Führungsetagen eine größere Chance haben, überdurchschnittlich profitabel zu sein. Das gilt übrigens nicht nur für „Vielfalt“ im Sinne eines höheren Anteils von Frauen: Eine Studie der Bertelsmann Stiftung aus dem Jahr 2018 weist darauf hin, dass ein positiver Zusammenhang zwischen der Innovationskraft und der kulturellen Vielfalt von Teams besteht.

Wir Freie Demokraten haben uns mit einem Beschluss des Bundesparteitags 2019 zum Ziel gesetzt, die Vielfalt in der Partei zu stärken. Der Fokus liegt auf der Mitgliedschaft von Frauen in der Partei insgesamt, in Führungsgremien, in Funktionen – und natürlich auch bei unserer Wählerschaft. Der Fokus ist mit Blick auf offensichtliche Diskrepanzen gerechtfertigt. Klar ist aber auch, dass die Anstrengungen für mehr Vielfalt über die Frage weiblicher Mitglieder und Wählerinnen hinausgehen müssen.

Mit unserem Beschluss arbeiten wir auf verschiedenen Ebenen für mehr Chancen durch mehr Vielfalt. Als Beauftragte des Bundesvorstands für Diversity und auch als ehemalige Führungskraft in der Wirtschaft steht für mich eine moderne, ansprechende und respektvolle Parteikultur im Zentrum der Stärkung von Vielfalt. Deshalb halte ich es für einen richtigen Schritt unseres Generalsekretärs Dr. Volker Wissing und der AG-Mitglieder, die Aktivitäten der AG Parteientwicklung und der AG Chancen durch Vielfalt enger zu verzahnen. Das Ziel der Parteientwicklung ist ein modernes Parteileben mit ansprechen-

den Formaten und Freude an Demokratie und Austausch. Das wiederum ist ein zentraler Baustein bei der Stärkung von Vielfalt.

Einige wichtige Schritte auf dem Weg dorthin wurden bereits unternommen: In Kürze wird eine „Toolbox“ mit Ideen für Formate und Aktionen veröffentlicht. Bei Kampagnen des Bundesverbandes wird Vielfalt in allen Facetten intensiver mitgedacht, und Veranstaltungsangebote etwa für Neumitglieder oder die Funktionsträgerschaft werden zu verschiedenen Tageszeiten angeboten, um etwa die Vielfalt der Tagesabläufe stärker zu berücksichtigen. Bei allen Herausforderungen bin ich also zuversichtlich, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Auf die weitere gemeinsame Arbeit der AGs und aller Parteimitglieder an diesem Ziel freue ich mich.

Wenn Sie in diesem Zusammenhang Anregungen oder Erfahrungen aus Ihrer Region haben, möchten wir darüber in einer der nächsten Ausgaben der fdplus berichten. ■

Egal ob innovative Konzepte zu moderner Parteiarbeit, gelungene Vor-Ort-Kampagnen oder spannende Ideen für mehr Vielfalt – erzählen Sie uns, welche Projekte bei Ihnen umgesetzt werden: mitmachen@fdp.de.

Empfehlungen, die von Herzen kommen

Unsere Mitglieder geben Tipps, welche Bücher, Serien und Online-Angebote sie aktuell besonders begeistern und mit denen die Feiertage abwechslungsreich gestaltet werden können.



Digital → Momentan können wir Kunst und Kultur leider nur digital genießen. Besonders empfehle ich die Hope@home-Konzerte auf arte-online, aber auch das Beethoven-Projekt ALLE SINNE FÜR DIE SIEBTE der Jungen Deutschen Philharmonie. Bei Filmen und Serien habe ich zwei Tipps für Liberale, weil sie den Totalitarismus der früheren Sowjetunion anschaulich machen: Die fünfteilige Serie „Chernobyl“ zeigt, wie die Verantwortlichen die Reaktorkatastrophe herunterspielten, Opfer im Stich ließen und Wissenschaftler kaltstellten. Und „The Death of Stalin“ nimmt das intrigante Nachfolge-Gerangel unter den Günstlingen des Diktators aufs Korn. Dem Film gelingt das Kunststück, mit schwarzem Humor die Doppelmoral des Kommunismus bloßzustellen.

Hans Joachim Otto, Landesverband Hessen



Die sterbliche Seele der Freiheit → Bei Dr. Marco Buschmanns Buch "Die sterbliche Seele der Freiheit - Zur Verteidigung der liberalen Demokratie" fiel mir als Griechin und klassischer Archäologin als erstes der Titel des Buches auf. Es handelt sich um einen Anklang an Platon. Wer Dr. Marco Buschmann kennt, der weiß, dass er die Entwicklungen und Prozesse in Deutschland genau analysiert, und er wird deswegen auch die Kategorisierung seiner vier politischen Schulen schätzen. Die Diskussion bewegt sich mehr als sicher zwischen politischer Geschichte, der politischen Philosophie sowie den "behavioral sciences". Dabei zeigt der Autor auf, wie wichtig und notwendig auch heute die "Liberalen Demokratie" ist. Man versteht, wie der Liberalismus sich behaupten kann, allen Populisten zum Trotz.

Athanasia Rousiamani-Goldthau, Ortsverband Prenzlauer Berg



Kotzmotz der Zauberer → Nach einem Jahr so voller Frust kann ich für Kinder das Buch „Kotzmotz der Zauberer“ von Brigitte Werner wärmstens empfehlen. Kotzmotz, dem alten Zauberer, spielen die eigenen Launen übel mit. Bei seinen Wutausbrüchen gehen die Tiere des Waldes in Deckung, selbst die Bäume zittern vor Angst. Nur ein kleines, strubbeliges Kaninchen lässt sich von den Schimpftiraden des Zauberers nicht beeindrucken. Es entsteht eine Freundschaft, die zwischen Nähe und Distanz, zwischen Vertrauen und Angst erst ausbalanciert werden will. Das wiederum gelingt mit einer zauberhaft poetischen Sprache und jeder Menge Humor. Eins meiner absoluten Lieblingsbücher!

Kristin Franke, Landesverband Sachsen



Twitch → Wenn es nicht schon so war, hat spätestens Corona Computerspiel-Streams aus der Nische geholt. „Twitch“ heißt das seit Jahren erfolgreichste Live-Streaming-Videoportal, auf das prinzipiell jeder Inhalte senden kann. Anders als bei Youtube sind die Videos bei Twitch meist live. Die meisten Streamer filmen sich beim Computerspielen und interagieren dort mit den Zuschauern. Denn anders als beim normalen Streaming oder Fernsehen ist „Twitch“ keine Einbahnstraße. Das Publikum hat die Möglichkeit, über z. B. Chat am Geschehen teilzunehmen. Auch Christian Lindner hat mit einem „Mario Kart“-Stream erst kürzlich viele Zuschauer gemeinsam mit Mario Brandenburg gewinnen können. Für Nerds und interessierte Liberale also genau richtig für diesen Winter!

Florian Hilpoltsteiner, Kreisverband Regensburg

Anzeige

WILLKOMMEN IM ENBW HYPERNETZ!

Erleben Sie Deutschlands besten und größten E-Mobilitätsanbieter.

connect TESTSIEGER ELEKTROMOBILITÄTS-ANBIETER EnBW mobility+ Heft 12/2020

enbw.com/hypernetz

EnBW HyperNetz Einfach schnell laden.

Es gibt keinen Rabatt auf die Grundwerte Europas



Moritz Körner
FDP-Präsidiumsmitglied und Chefverhandler für die liberale Fraktion im Europäischen Parlament zum Rechtsstaatsmechanismus

Wie steht es um die Zukunft der EU? Gerade die Corona-Krise hat in einigen Mitgliedsstaaten zu Entwicklungen geführt, die Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gefährden. Dies ist aber nur die Fortsetzung einer Erosion der Rechtsstaatlichkeit in vielen europäischen Ländern, die bereits seit vielen Jahren zu beobachten ist. Und so standen wenige europapolitische Themen dieses Jahr so im Fokus wie der EU-Rechtsstaatsmechanismus. Das Ziel des Europäischen Parlaments war es, einen wahren Rettungsschirm für den Rechtsstaat in der Europäischen Union zu etablieren. Ein Rettungsschirm, der Rechtsstaatssünder finanziell bestraft, wenn sie die Werte der Europäischen Union missachten.

Der Vorschlag der deutschen Ratspräsidentschaft zum Rechtsstaatsmechanismus sah genau das nicht vor und war nicht mehr als ein Papiertiger, der mit dem Schutz der Rechtsstaatlichkeit in Europa nicht viel zu tun hatte. Die deutsche Ratspräsidentschaft schlug einen abgeschwächten Mechanismus vor, bei dem Sanktionen nur für konkrete Betrugsfälle eines Mitgliedstaates verhängt werden sollten. Dem EU-Parlament ging dies nicht weit genug: Rechtsstaatssünder dürfen nicht nur bei konkreten Betrugsfällen eine Kürzung der EU-Gelder befürchten, bereits der drohende Missbrauch von EU-Geldern und die generelle Gefährdung der Rechtsstaatlichkeit muss zu Sanktionen führen. Nur dann können europäische Werte effektiv geschützt werden.

Das Ziel, einen wahren Rettungsschirm für den Rechtsstaat zu etablieren, konnte das Verhandlungsteam des Europäischen Parlaments bei den Trilog-Verhandlungen mit dem Rat und der EU-Kommission durchsetzen. Es konnte erreicht werden, dass die EU-Kommission eine Abstimmung über das Einsetzen des Mechanismus proaktiv ansetzen kann, sollte der Europäische Rat, in dem

eine qualifizierte Mehrheit notwendig ist, die Abstimmung wiederholt vertagen und somit den Mechanismus quasi aussetzen. Die Bundesregierung wird nun Farbe bekennen müssen, wenn sie Rechtsstaats-Ignoranten weiter mit dem Geld deutscher Steuerzahler an der Macht halten will.

Der Kuschelkurs mit Orbán und Kaczynski ist endlich beendet. Es überrascht nicht, dass ausgerechnet Polen und Ungarn sich gegen den Rechtsstaatsmechanismus wehren. Nicht umsonst laufen gegen beide Länder Rechtsstaatsverfahren nach Art. 7 des EU-Vertrags. Es muss gerade für uns Liberale der Anspruch sein, die Rechtsstaatlichkeit in ganz Europa zu verteidigen. Wenn in Polen und Ungarn Richter eingeschüchtert werden, ist es unsere Aufgabe, diese Entwicklungen mit allen Mitteln zu stoppen. Das Kürzen der EU-Gelder ist hierbei ein notwendiges Instrument, um autokratischen Tendenzen entgegenzuwirken.

Das Fundament unserer europäischen Wertegemeinschaft sind eine liberale Demokratie, Rechtsstaatlichkeit sowie Meinungs- und Pressefreiheit. Diese Werte gilt es zu verteidigen. Der beschlossene Rechtsstaatsmechanismus ist ein Meilenstein für die Grundwerte der Europäischen Union und ein großer Sieg für das Europäische Parlament. Mit dem Rechtsstaatsmechanismus lässt sich die Zukunft der Rechtsstaatlichkeit in Europa wieder optimistisch betrachten.

Als Europäisches Parlament haben wir nun eine breite Palette an Instrumenten, um die Rechtsstaatlichkeit in der Europäischen Union zu schützen. Von dem jährlichen Rechtsstaatsbericht bis zum neuen Rechtsstaatsmechanismus. Wir werden alles daransetzen, dass diese Instrumente eingesetzt werden und die Rechtsstaatlichkeit geschützt wird. ■

Auf Spurensuche FDP, die neue Frauenpartei?!

Kreativ. Weiblich. Vernetzend. Ein neues regionales Frauen-Förderprogramm erstellt von einer Liberalen Freiheitskämpferin in Kooperation mit der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit.



Nicole M. Pfeffer
Vorsitzende des FDP-Ortsverbands Mömlingen-Obernburg-Erlenbach und Beisitzerin FDP Unterfranken

Losgelöst von der bundespolitischen Wahrnehmung scheinbar fehlender Frauen macht sich die Vorsitzende eines neu gegründeten Ortsverbandes auf, für eine neue, liberale Frauenpower zu stehen und erstellt ein neues regionales Frauen-Förderprogramm in Kooperation mit der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit.

Alles begann mit der bayerischen Kommunalwahl im März 2020.

Der Kommunalwahlkampf in Bayern war gerade von 180 auf null zum Erliegen gekommen. Eigentlich sollte die Gründung des FDP-Ortsverbandes Mömlingen-Obernburg-Erlenbach noch im April 2020 erfolgen, doch der erste Lockdown verhinderte es. Ungeachtet dessen gingen hinter den Kulissen die Überlegungen für mehr Aktivität und mehr Miteinander weiter. Neue Formate, engagierte Aktionen und ein begeistertes Team sorgten für den nötigen Schwung, so dass Ende Mai dann doch die Gründung erfolgen konnte – natürlich unter Corona-Bedingungen – und ich zur Ortsvorsitzenden gewählt wurde.

Es kommt aufs Tun an

Damit begannen die Aktivitäten – etwa ein „Liberales Frauenfrühstück“. 15 Frauen, darunter elf Interessierte und Nichtmitglieder, waren überrascht und begeistert zugleich, sich direkt, wenn auch virtuell mit dem Landeschef der FDP Bayern Daniel Föst austauschen zu können.

Lebendige 90 Minuten sorgten am Ende sogar noch für ein neues weibliches Mitglied. Und spätestens ab da war klar: Das Interesse von Frauen für unseren neuen FDP Ortsverband und meine Person als Vorsitzende war groß.

Geburtsstunde des FEMALE-HIGH-PERFORMERS-Policy-Programms

Als Teilnehmerin des diesjährigen Empowerment Programms der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (freiheit.org/empowerment) erfuhr ich zusätzlich einen ungeahnten Schub, mehr Frauen für Politik zu begeistern. Daraufhin konzipierte ich ein Frauen-Förderprogramm für meine Region. Ich wollte diesen inspirierenden Frauenpowergeist auch in meinem Umfeld konkret erlebbar machen – liberale Bildung mit Herz und Leidenschaft für mehr Mitstreiterinnen.

Ich stellte ein spannendes Gesamtprogramm zusammen, gab ihm einen Namen und suchte nach Verbündeten. Auf Empfehlung wandte ich mich an die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit Bayern, um eine Kooperation anzufragen. Dort fand mein Programm großen Zuspruch und der Leiter Sebastian Zajonz erteilte nach kurzer Rücksprache seine Zusage zur Unterstützung.

Am 20. Februar 2021 geht das regionale Programm mit einem Kick-off los. Hybride Veranstaltungsformate mit vielfältigen Politikerinnen und Politikern, Vertreterinnen von Bundes- und Landesebene sowie regionaler Ebene werden zu einem einzigartigen Mix beitragen. Elf Module sorgen bis Mitte Dezember 2021 für eine gelebte politische, liberale Bildung, die Frauen ermutigen soll, in politisches Engagement zu gehen – mit Freude und aus Überzeugung. ■

Zukunft zum Wohle unseres Landes und seiner Menschen gestalten

Deutschland drohte schon vor der Pandemie den Anschluss zu verlieren. Die FDP-Fraktion denkt nicht nur an die Bewältigung der Krise. Sie treibt ambitionierte Zukunftsprojekte voran.



Michael Lindner
Stellv. Pressesprecher
der FDP-Fraktion

Die Corona-Krise hat politische Versäumnisse der Vergangenheit schonungslos offengelegt. Doch schon vor der Pandemie drohte Deutschland in vielen Bereichen international den Anschluss zu verlieren: etwa mit einem antiquierten Bildungssystem, einer beispiellosen Steuer- und Abgabenlast für Bürger und Unternehmen und einer viel zu zaghaften Digitalisierung. Die FDP-Fraktion denkt nicht nur an die Bewältigung der Pandemie. Wir wollen mehr als nur raus aus der Krise! Unsere Mission ist, Zukunft zum Wohle unseres Landes und seiner Menschen zu gestalten. Dazu treiben wir ambitionierte Zukunftsprojekte voran.



Katja Suding

Ein zentrales Projekt der FDP-Fraktion ist die Grunderneuerung unseres Bildungssystems, damit Deutschland endlich wieder zu den international führenden Bildungsnationen gehört. Alle Kinder müssen unabhängig von Wohnort und Elternhaus gleiche Startchancen haben. So erneuern wir das soziale Aufstiegsversprechen. Konkret heißt das: Statt des Kooperationsverbots brauchen wir

ein Kooperationsgebot und mehr Mitsprache des Bundes. Abschlussprüfungen müssen durchweg zentralisiert werden und für alle Fächer einheitliche ambitionierte Bildungsstandards gelten. Schulen brauchen endlich die Ausstattung und die Inhalte für hochwertige digitale Bildung. Geben wir ihnen auch mehr Autonomie bei Personal, Budget, Schul- und Unterrichtsentwicklung. Auch die Lehrerbildung muss dringend modernisiert werden.



Michael Theurer

Um Wohlstand und Arbeitsplätze in Zukunft zu sichern, müssen wir die Marktwirtschaft stärken und den richtigen Rahmen für innovative Zukunftstechnologien schaffen. Gleichzeitig wollen wir dem Klimaschutz Rechnung tragen, um unseren Kindern einen lebenswerten Planeten zu hinterlassen. Eine florierende Wirtschaft und Klimaschutz widersprechen sich nicht, wenn wir in Innovationen investieren. Ein entscheidender Baustein ist dabei die Energieversorgung. Wasserstoff wird dabei eine zentrale Rolle spielen, sowohl beim Erreichen der Klimaziele wie auch bei der Stärkung der Wirtschaft in unserem Land.

Deswegen fordern wir die Gründung einer Europäischen Wasserstoffunion, von der Deutschland und ganz Europa profitieren würden. Dazu gehört unter anderem ein Förderprogramm für Projekte zur Herstellung klimaneutralen Wasserstoffs in Südeuropa und Afrika und eine europäische Importstrategie.



Stephan Thomaie

Damit die Bürger sich in einer immer digitaleren Gesellschaft souverän und selbstbestimmt entfalten können, ist das Vertrauen auf den Schutz ihrer Grundrechte entscheidend. Deswegen will die FDP-Fraktion eine umfassende Stärkung der Bürgerrechte – auch im Digitalen. Die Digitalisierung muss dem Menschen das Leben leichter machen und nicht dem Staat die Überwachung seiner Bürger. Deswegen brauchen wir beispielsweise eine Überwachungsgesamtrechnung, damit die Überwachung nicht schleichend immer lückenloser wird. Anstatt immer mehr Überwachungsbefugnisse wie eine anlasslose Vorratsdatenspeicherung einzuführen, müssen wir unsere Sicherheitsbehörden mit einer Föderalismuskommission III neu ordnen und endlich ins Informationszeitalter führen, etwa mit einem Digitalpakt für die Justiz. Wir brauchen keinen Staat, der selbst zum Hacker wird, sondern müssen der IT-Sicherheit höchste Priorität einräumen und das IT-Grundrecht mit Leben füllen. Statt Generalschlüssel zu unserer Kommunikation, die auch Verbrecher und fremde Staaten nutzen können, brauchen wir ein Recht auf Verschlüsselung.



Alexander Graf Lambsdorff

Deutschland braucht einen Neustart der transatlantischen Beziehungen, eigene Ideen für die Zukunft der Europäischen Union und eine realistische China-Politik. Wir fordern einen regelmäßigen europäisch-amerikanischen Strategiedialog, denn der Zusammenhalt des Westens ist keine Selbstverständlichkeit. Die deutsche Außenpolitik muss die Beziehungen zu den asiatischen Staaten vertiefen, die anders als China Wertepartner sind. Besonders Japan, Australien, Indien und die demokratischen ASEAN-Staaten verdienen mehr Aufmerksamkeit. Wir fordern, dass Deutschland und Frankreich ein gemeinsames Verständnis der strategischen Rolle Europas im 21. Jahrhundert entwickeln, denn öffentlicher Streit zwischen Berlin und Paris wie zuletzt schadet nur. Wir wollen außerdem den Hohen Vertreter der EU und

den Europäischen Auswärtigen Dienst stärken, um mehr gemeinsame Positionen zu entwickeln. Das gilt gerade gegenüber China, denn die aufsteigende Supermacht versucht gezielt und aktiv, die EU zu spalten.



Christian Dürr

Um die eigene Zukunft selbstbestimmt gestalten zu können, ist finanzielle Unabhängigkeit entscheidend. Deswegen ist eine deutliche Entlastung bei Steuern und Abgaben nötiger denn je. Eigentum und finanzielle Unabhängigkeit schützt vor Krisen, vor staatlicher Willkür und entfesselt Kreativität. Dafür ist eine solide Haushaltspolitik unabdingbar, denn die Schulden von heute sind die Steuererhöhungen von morgen. Auch Unternehmen können und werden nur in zukunftsfähige Arbeitsplätze und Geschäftsmodelle investieren, wenn wir sie dauerhaft entlasten. Dafür muss das ganze deutsche Steuersystem auf den Prüfstand. Zunächst muss der Soli für alle abgeschafft werden. Im Anschluss brauchen wir eine Reform der Einkommensteuer, sodass besonders Arbeitnehmer mit kleineren und mittleren Gehältern entlastet werden. Außerdem muss die Körperschaftsteuer abgesenkt werden, damit Deutschland als Wirtschaftsstandort nicht weiter an Attraktivität verliert.



Frank Sitta

Als Digitalfraktion sehen wir immense Zukunftschancen in der Digitalisierung und wollen sie zu einem Gewinn für alle Menschen machen. Dafür ist aber deutlich mehr Gestaltungswille und Koordinierung nötig als bisher. Die FDP-Fraktion hat ein Sofortprogramm für eine umfassende Digitalisierungsstrategie vorgelegt, das zeigt, wie es geht. Darin fordern wir beispielsweise eine digitale Frischzellenkur für die Verwaltung durch den Einsatz von Künstlicher Intelligenz und einen Zukunftspakt für die Digitalisierung der deutschen Wirtschaft. Mit einem Smart-City-Stufenplan wollen wir die Stadtentwicklung vorantreiben und den Verkehr besser lenken. Damit die Digitalisierung des Landes endlich mit mehr Tempo vorankommt, ist ein Digitalministerium unabdingbar. Es soll den Ausbau digitaler Infrastruktur und die Digitalisierung der Verwaltung mit eigener Budgetverantwortung vorantreiben. Bei digitalen Fach- und Zukunftsthemen soll es vorausdenken, koordinieren und beraten. So kann Deutschland die Digitalisierung endlich aktiv gestalten, anstatt weiter nur zu reagieren. ■

Wir brauchen eine transatlantische Offensive!

Das Verhältnis zwischen EU und USA ist entscheidend für die Zukunft der Globalisierung. Es wurde durch Donald Trump schwer beschädigt. Jetzt muss es repariert werden. Das verlangt verteidigungs- und handelspolitische Kompromisse.



Karl-Heinz Paqué
Vorstandsvorsitzender der
Friedrich-Naumann-Stiftung
für die Freiheit

Sagen wir es deutlich: Die Wahl von Joe Biden zum neuen amerikanischen Präsidenten beendet – jedenfalls atmosphärisch – die erste Eiszeit, die es seit den Fünfzigerjahren im transatlantischen Verhältnis gegeben hat. Zu oft wünschte Donald Trump der Europäischen Union Schlechtes bis hin zum Auseinanderfallen durch den Brexit; und zu offen hat er sie für eine Menge Übel verantwortlich gemacht – von unfairer Wettbewerb im Handel bis zu mangelnder Solidarität in der Verteidigung der Interessen des Westens. Bei allem übertrieb er maßlos, aber bei manchem war schon mehr als ein Körnchen Wahrheit dran. Allerdings macht der Ton die Musik, und der war so schrill, dass es auch den Europäern schwerfiel, konziliant zu reagieren. Dies wird sich ändern. Es ist deshalb von großer Bedeutung,

dass Europa selbst auf einen konstruktiven Ton einschwenkt.

Liberty & Happiness

Der muss zuallererst das gemeinsame Fundament der westlichen Werte betonen. Die amerikanische Verfassung rief 1776 „liberty and the pursuit of happiness“ als Menschenrechte aus; und die Franzosen sprechen seit 1789 von „liberté, égalité, fraternité“ als den großen Zielen der Gesellschaft. Beides atmet den Geist der Aufklärung und der Freiheit des Einzelnen; beides löste die Fesseln des Ständestaats und der Kirchenmacht. Wo ist der große Unterschied?

Man wundert sich da schon, wenn der französische Präsident Emmanuel Macron jüngst zu mehr Eigenständigkeit der EU auffordert

und dies u. a. mit Unterschieden der amerikanischen und europäischen Grundwerte begründet. Die mag man in Einstellungen zu Sozialstaat und Waffenbesitz tatsächlich finden, aber sie verblassen im Hinblick auf die Rolle der Freiheit in der Gesellschaft. Da stehen Europa und die USA auch heute noch eindeutig auf einer Seite – und zwar gegen die Welle des Autoritären und Autokratischen, die über die Welt schwappt, sei es aus Xi Jinpings China, Putins Russland oder Erdogans Türkei.

Wir brauchen deshalb eine transatlantische Offensive. Wo muss da konkret angesetzt werden? Es gibt zwei Bereiche, die von überragender Bedeutung sind: die militärische Verteidigung im Rahmen der NATO und der transatlantische Handel im Rahmen der WTO. Was die NATO betrifft, ist das Ungleichgewicht

zwischen der amerikanischen und europäischen Verteidigungslast mit Zahlen zu belegen: 2019 gaben die USA 3,4 Prozent ihres BIP für ihr Militär aus, Deutschland 1,3 Prozent. In absoluten Zahlen war damit der amerikanische Verteidigungshaushalt 15-mal größer als der deutsche. Da mag man über Details noch streiten, aber dass die USA sich ein Stück weit im Stich gelassen fühlen, liegt auf der Hand. Auch der neue Hang zum Isolationismus hat damit zu tun: Der Beschluss Donald Trumps, den Abzug aus Afghanistan vorzubereiten, könnte dort einen humanitären Scherbenhaufen hinterlassen – mit einer neuen Hochkonjunktur des islamistischen Terrors und damit verheerenden Folgen für die Rechte vor allem von Frauen sowie für die Chancen der Jugend vor Ort auf Schulbildung und berufliche Qualifikation. Dafür tragen die Europäer Mitverantwortung, auch mit Blick auf weitere Flüchtlingswellen aus Afghanistan. Generell gilt: Es braucht mehr gemeinsamen militärischen Einsatz für die Sicherheitslage in Krisenregionen.

Über den Schatten springen

Was den Handel betrifft, liegt ein Entwurf der Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) längst vor. Als Donald Trump 2016 gewählt wurde, formulierte die damalige liberale Handelskommissarin Cecilia Malmström treffend: „We put TTIP into the freezer“, eben um den Entwurf zu gegebener Zeit wieder in die Diskussion zu bringen. Mit Biden wird diese Zeit kommen. Die Verhandlungen müssen dringend wieder aufgenommen werden, zumal erst jüngst im asiatisch-pazifischen Raum



von 15 Staaten (einschließlich China!) ein Handelsabkommen abgeschlossen wurde, das 2,2 Milliarden Menschen umfasst. Bei der zu erwartenden Wirtschaftsdynamik Asiens könnten Nordamerika und Europa damit auf lange Sicht zu Randakteuren des Welthandels degradiert werden, die auf Dauer immer mehr Macht beim Setzen der Standards verlieren. Dies wäre einmal mehr eine schwere Niederlage für westliche Werte. Sie würde auch wirtschaftlich schmerzen und hätte weitreichende Folgen: Die Globalisierung würde dann nicht mehr vom liberalen westlichen Geist beherrscht, sondern vom merkantilistischen Staatskapitalismus Chinas. Allerdings ist auch klar: Wollen wir wirklich Ergebnisse mit Substanz erzielen, müssen dafür in Europa einige Lobbyisten über ihren Schat-

ten springen. Vor allem jene grünen Kräfte, die schon vor Trump TTIP torpedierten und Handelsvereinbarungen zunehmend an ökologische Kriterien binden wollen, sollten sich auf Kompromisse einstellen. Wenn nötig, ließe sich auch darüber nachdenken, ein „TTIP light“ zu vereinbaren, das wenigstens die Standards bei industriellen Waren und Dienstleistungen festlegt, aber besonders kritische Bereiche wie Qualitätskriterien für Agrar- und Ernährungsprodukte sowie Vorschriften für öffentliche Ausschreibungen ausspart. Wichtig wäre nämlich vor allem, dass ein starkes Signal der transatlantischen Einigung gesetzt wird – mit Blick auf den liberalen Geist der Welthandelsordnung. Und dies möglichst bald. ■

Keine halben Sachen, außer bei der Neuverschuldung

Bei den Beratungen zum Bundeshaushalt 2021 hat sich gezeigt: Die FDP-Fraktion setzt sich als einzige für einen maßvollen und vernünftigen Umgang mit Steuergeldern, deutlich weniger Neuverschuldung und eine spürbare Entlastung von Bürgern und Unternehmen ein. Mit 527 Anträgen haben wir auch beim Haushalt 2021 konkret gezeigt, wie ein liberaler Gegenentwurf aussieht. Er wäre effizient und generationengerecht, ohne bei Pandemiebekämpfung oder im Gesundheitssystem zu sparen. Wir würden anders als die Große Koalition mit weniger als der Hälfte der neuen Schulden auskommen und gleichzeitig noch eine Entlastung von 36 Milliarden Euro umsetzen.

Erfahren Sie mehr unter fdpbt.de/schuldenhalbieren



Mehr zu unserer parlamentarischen Arbeit

-  fdpbt.de
-  [@fdpbt](https://www.instagram.com/fdpbt)
-  [@fdpbt](https://twitter.com/fdpbt)
-  [@fdpbt](https://www.facebook.com/fdpbt)

**Freie
Demokraten**

Fraktion im
Bundestag **FDP**